

Nummer 132
Telefon Nr. 59.
Dienstag, den 22. November 1921
Telefon Nr. 59.
25. Jahrgang

Die Gegensätze auf der Washingtoner Konferenz.

Washington, 20. Nov. In der Samstagsberatung der zweiten Kommission erwiesen sich wieder große Gegensätze zwischen den Delegationen hinsichtlich des Schicksals der chinesischen Fragen. An der Debatte beteiligten sich außer dem japanischen Admiral Kato und dem japanischen Botschafter Shidehara auch der französische, englische und amerikanische Vertreter. Man erfuhr, daß die japanischen Darlegungen die Chinesen in keiner Weise befriedigt. Die japanische Delegation soll fortwährend Ausflüchte gemacht haben, daß sie zwar für die Aufrechterhaltung der chinesischen Integrität eintreten würden und sie die Politik der „offenen Tür“ billigten, aber nicht daran dächten, Schantung oder die Mongolei aufzugeben. Admiral Kato soll die Ansicht geäußert haben, daß die chinesischen Forderungen nach der Politik der „offenen Tür“, berechtigt seien, daß aber Japan als Chinas nächster Nachbar besondere Berücksichtigung seiner sich daraus ergebenden Interessen beanspruche.

Begünstigt der Rüstungen zur See scheint es wegen der unbeugsamen Haltung der Amerikaner zu keinem Einvernehmen zu kommen, zumal alle Einwirkungen auf Hughes, ihn für ein Kompromiß zu gewinnen, gescheitert sind. England scheint nunmehr gewillt zu sein, die amerikanischen Vorschläge unverändert anzunehmen und auf alle Abänderungsanträge zu verzichten. Die Japaner bestehen jedoch nach wie vor darauf, 70 Proz. Großkampfschiffsraum zu erhalten anstatt 60 Prozent ferner wünscht Japan eine große Anzahl von Flugzeug-Gesellschaftsschiffen zu erhalten, wogegen sich Amerika wendet und den Offensivcharakter dieser Schiffe betont.

In der Frage der Unterseeboote nimmt Japan den Standpunkt ein, daß die Unterseebootwaffe nicht beseitigt wird, wohl aber ihre Größe beschränkt werde. Dagegen macht Amerika geltend, daß die großen Unterseebootkreuzer beibehalten werden müßten, denn diese könnten Schiffsbrüche viel eher aufnehmen als die kleinen.

Stinnes in London.

London, 20. November. Die „Daily Mail“ meldet, daß Hugo Stinnes, begleitet von fünf Personen darunter einigen Dienstboten, gestern morgen in London eingetroffen und im Hotel Claridge abgestiegen ist. Er hat einem Korrespondenten der „Daily Mail“ erklärt, daß sein Besuch rein privaten Charakter habe. Er verweigerte, mehr auszusagen. Hugo Stinnes wolle Montag nachmittag London wieder verlassen. Die „Daily Mail“ erinnert daran, daß der Sohn Hugo Stinnes im September dieses Jahres ebenfalls nach London gekommen war. Die englischen Zeitungen versichern, daß Stinnes mit keinem Minister zusammentreffen werde. Die „Daily Mail“ versichert dagegen, daß dies unwahrscheinlich sei.

London, 20. November. Die Ankunft von Hugo Stinnes in London erregt in der Presse beträchtliches Aufsehen. Die Blätter ergehen sich in Mutmaßungen über den Zweck seiner Reise. Amtlicherseits wird mitgeteilt, daß Stinnes nicht auf die Einladung Lloyd Georges oder der britischen Regierung nach London gekommen sei und daß über seine Absichten nichts bekannt sei.

Das Wiesbadener Abkommen.

W. Paris, 19. Nov. Der Londoner Korrespondent des „Journal“ berichtet, er glaube zu wissen, daß die englische Regierung in kurzer Frist dem Abkommen von Wiesbaden zustimmen werde. Die einzige Frage in der die englische Regierung Sicherheit verlange, beziehe sich auf den Fall, da Deutschland vollkommen bankrott

make, sodaß also Frankreich mehr Entschädigung erhalten könnte als seine Alliierten.

W. 20. Nov. Loucheur erklärte auf die Anfrage eines Abgeordneten über die Einfuhr deutschen Holzes nach Frankreich, es werde keine neue Bestellung in Deutschland gemacht, bevor nicht die französischen Läger geräumt seien. Für jede deutsche Lieferung müsse der Einfuhrzoll bezahlt werden.

Die Unruhen in Bombay.

Angriffe auf die Europäer.

EP. Bombay, 20. Nov. Der Zustand hat sich gestern morgen in einigen Teilen der Stadt neu entfacht. Die Truppen waren gezwungen mehrere Male mit bewaffneter Macht einzuschreiten. Samstag nachmittag haben die Aufständischen die europäischen Arbeiter einer Färberei angegriffen, als sich dieselben an die Arbeit begeben wollten. Es kam zu einem lebhaften Gewehrfeuer, wobei 150 Personen verletzt wurden. Mehrere unter ihnen sind ihren Verletzungen erlegen.

London, 21. November. Die „Daily Mail“ erzählt, daß sich die Unruhen in Bombay gestern fortgesetzt haben. Es sei schwierig, genaue Nachrichten zu bekommen, da alle Europäer, die sich in die Eingeborenenviertel begeben, sofort angegriffen werden. Bei dem gestrigen Angriff auf eine europäische Färberei gab es 6 Tote, 47 Schwerverletzte und ungefähr hundert Leichtverletzte. Gestern kam es zu einem Zusammenstoß der Manifestanten mit den Truppen, wobei 200 Eingeborene gefangen genommen wurden. Ein Polizeigebäude wurde in Brand gesteckt. Es verlautet, daß mehrere Europäer in den Eingeborenenvierteln verstückelt worden sind.

Ein Sowjetvertreter in Washington?

W. Paris 19. Nov. Nach einer Meldung aus Moskau, die der „Temps“ veröffentlicht, soll der Sowjetvertreter des Auslandes, Litwinoff, nach Washington gehen und dort mit beratender Stimme zur Abrüstungskonferenz zugezogen werden.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.
(Nachdruck verboten.)

Agnes von Hagen hatte sich zwischen die beiden Fenster gestellt, um die Eintretende scharf mustern zu können. Sie war eine imponierende Frauenerscheinung mit stolzer, gebieterischer Haltung. Der hohe Wuchs und das Ebenmäßige ihrer etwas zur Heftigkeit neigenden Körperformen verlieh der Gestalt klassische schöne Linien. Der Gesichtszuschnitt war edel; der Totaleindruck faszinierend, berückend. Dennoch hatte man nicht die Überzeugung, eine Dame Mitte der Zwanziger vor sich zu haben, sondern schätzte sie nach ihrem ganzen selbstbewußten Gebaren für älter.

Den ungelassenen Kniz, den Maria machte, schien sie nicht zu beachten, denn sie dachte nicht an den Gruß. Stehend ruhten ihre Blicke auf dem hilflosen Geschöpf, das vor ihr stand und nicht recht wußte, wo es seine großen Hände lassen sollte.

„Nun, was gibst du? Welche Angelegenheit führt dich zu mir?“ begann das Schloßfräulein in herrlichem Tone zu fragen, obgleich sie von der Sachlage schon unterrichtet war.

„Gnädige Baroness möchte ich gebeten haben, beim gnädigen Herrn Baron ein Wort für mich — für uns einzulegen —“

„In welcher Sache?“

„Ich — ich bin mit August, dem jungen Rutscher, heimlich verlobt. Vater weiß noch nichts davon, denn ich wollt' erst sehen, wie das mit der Wohnung war. Wenn wir in den Juthäusern eine leere Stub' und Küche irgendwo kriegen —“

„Dann soll's mit der Heirat und allem Drum und Dran ohne Verzug losgehen, und so weiter, und so weiter.“ schnitt Agnes ihr das Wort ab. „Nein, daraus wird nichts! Kleine Wohnungen stehen nicht leer; auch seid ihr beide noch zu jung zum Heiraten und könnt warten. Der gnädige Herr Baron denkt in solchen Dingen wie ich; ihr braucht ihn deshalb nicht noch besonders anzugehen.“

„Ich werd' zu Michaeli schon zwanzig,“ wagte Maria zu flöteln.

Ein böser Blick traf sie für diese Vorwitzigkeit.

„Schweig, Marjette! Du bist nicht aufgefördert zum Sprechen. Eure Herrschaft weiß besser, was euch frommt. Spart erst so viel, daß ihr für die Kinder auskömmlich sorgen könnt, damit ihr nicht alle Jahre um Unterstützung zu betteln braucht, wie der Stellmacher, der lieberliche Mensch.“

Sie hatte mit steigender Schärfe gesprochen. Ueber der Nase lag eine schmale Hornesfalte. Die edlen Züge waren aus dem reizenden Gesichte plötzlich wie fortgewischt.

„Seid barmherzig, gnädiges Fräulein,“ flammte Maria näher hinzutretend und die gerungenen Hände erhebend. „Laßt euch erweichen.“

Über die Lippen der Baroness wurden womöglich noch finsterner. Mit einer abweisenden Geste hielt sie das Mädchen von einem Fußfall zurück.

„Geh' nach Hause und schide mir deinen Vater her!“ gebot sie.

„O mein Gott,“ wimmerte Marie verzweifelt. „Vater soll ja noch nichts wissen. — Ich wollt' Euch bitten, gnädige —“

„Tue, was ich dir befohlen habe,“ klang es streng zurück.

Tränen den Augen schritt Marie, um alle Hoffnungen betrogen, aus dem reich ausgestatteten Gemach, während das Schloßfräulein sich auf ein Ruhebett niedergelassen ließ, um ihre unterbrochene Vektüre fortzusetzen. Immer waren ihre Brauen noch erzürnt zusammengezogen. Ihre Augen hefteten sich zwar auf den Drucktext des Buches in ihrer Hand, aber anscheinend war sie noch nicht wieder bei der Sache. Die Erzählung verlief nicht nach ihrem Geschmack. Mit einer Reiseschuldnerin hatte sie begonnen, und dennoch war ganz unmerklich das Schicksal zweier, verschiednen gearteter Menschen darin verwebt, die sich wider Erwarten für das Leben zusammenfanden. Also wiederum ein Liebesroman! Als wenn sich alles gegen sie verschworen hätte, und um ihr recht zu Bewußtsein zu

bringen, daß das Erdendasein sich immer nur um das eine Wort drehte: die Liebe.

Ja, sie wußte es nur zu gut, die stolze, unnahbare Baroness, daß erst die Liebe dem Leben Inhalt gab. Sie sehnte sich noch ebenso stark danach, wie in ihren jüngeren Jahren. Aber sie wollte nicht daran erinnert sein. Es war zu schmerzhaft, immer an die Enttäuschung zu denken, die sie erlitten.

Woran hatte es gelegen, daß sie, ausgestattet mit so vielen körperlichen Vorzügen, nicht das Glück ihrer Geschlechtsgefährtinnen teilte? Sie? von altem Adel — eine Baroness?

Die Falten ihrer Nasenwurzel trafen immer schärfer hervor. Die schwarzlichen Augen schillerten fremdartig. Der rote Mund, der zum Herzen und Rassen wie geschaffen schien, wurde herb zusammengekniffen. Unwillkürlich krallten sich ihre Hände zu Fäusten.

Die schönsten Jahre waren unwiederbringlich dahin. Die Verhältnisse waren härter gewesen als sie. Sie wußte, wer die Schuld trug, daß ihr Herz verkrüppelt war. Egon war es.

Waren es wirklich nur die ungeligen Verhältnisse allein gewesen, die das Glück von ihrer Schwelle geschleudert? Sie hatte sich in letzter Zeit häufiger auf einem anderen, bisher fremden Gedankenfang ertappt, der ihr Unbehagen verursachte.

Hätte ein Mann, der sie wirklich liebte, sich durch Verhältnisse zurückschrecken lassen, an denen sie ganz schuldlos war?

Sie konnte diese Frage nicht klar beantworten, denn ihre Erwägungen liefen immer wieder zu Egon zurück. O, wie sie ihn haßte, obgleich es ihr Bruder war! Niderstrecken wie einen toten Hund wollte ihn der Vater, wenn er es jemals wagen würde, seinen Fuß wieder über die Schwelle des Schlosses zu setzen. Das hatte er damals gelobt, und so dachte er auch heute noch. Das wäre auch nach ihrer eigenen Ansicht das einzig richtige gewesen für all das Ungemach, das er auf die Familie gehäuft hatte. —

Trostlos.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Reparationskommission, die in Berlin weilte, um die Lage Deutschlands zu studieren, um festzustellen, ob Deutschland imstande wäre, seinen Verpflichtungen nachzukommen, hat inzwischen Berlin wieder verlassen. Sie ist mit dem Beschluß abgereist, daß Deutschland zahlen könne und daß ein Zahlungszwang für Januar und Februar ausgeübt werden müsse. Die Regierung verbreitet die optimistische Anschauung, sie hätte sich mit Goldwerten eingedeckt und könne diesen Verpflichtungen nachkommen. In eingeweihten Kreisen weiß man aber, daß nicht im Entferntesten die 600 Goldmillionen vorhanden sind. So erklärt es sich auch, daß die Regierung nach wie vor bemüht ist, eine Verständigung mit der Industrie herbeizuführen. Im Gegensatz zu anderen Gerüchten ist hier der Reichskanzler der aktive Teil. Im Prinzip ist die Industrie, sind auch die Banken bereit, dem Reich die nötigen Darlehen für die nächste Zahlung zur Verfügung zu stellen. Das hat die Industrie neuerdings durch ein Schreiben dokumentiert. Es ist aber falsch, wenn behauptet wird, die Industrie ginge von ihren Bedingungen ab und sei bereit, neue Vorschläge zu machen. Nur insofern ist die Industrie entgegengekommen, als sie ihre Bedingungen deutlicher formuliert und sie mit Erklärungen versieht.

Die Industrie hat, nach Lage der Sache, selbst ein großes Interesse, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu beseitigen, denn sie weiß, was für Folgen die Zahlungsmangelhaftigkeit Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick nach sich ziehen würde. Der französische Finanzminister Doumer hat es ja recht deutlich in seiner Rede in der Kammer zu verstehen gegeben: Frankreich würde als Gerichtsvollzieher in Deutschland einmarschieren, das Ruhrgebiet besetzen und die Staatsunternehmungen und Staatswerke als Pfänder sich aneignen lassen. Das soll zunächst verhindert werden, denn man hofft schließlich doch, daß bei der Entente ein Einsehen kommt und die nächste Zahlung schon entweder aufgeschoben oder sogar herabgemindert wird. Nicht von der Hand zu weisen ist die Londoner Meldung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Ansicht kundgetan hat, die für Deutschland festgesetzte Summe der Kriegsschuldung sei zu hoch. Amerika wünsche, daß Frankreich und Italien einer Ermäßigung der Zahlungsverpflichtungen zustimmen. Aus der Form der Meldung muß man schließen, daß England einer Zahlungsermäßigung bereits zugestimmt hat. Nicht ohne Grund wird jedenfalls diese Meldung von London aus verbreitet.

Das etwas geschehen müsse, liegt auf der Hand. Stinnes ist nach London gereist, wie man sagt, den Millionenkredit der Industrie aufzubringen, vielleicht aber auch, um für die Ermäßigung der Entente-Forderungen zu wirken. Ob es ihm gelingt? Selbst in sozialdemokratischen Kreisen wird der unausgesprochene Wunsch offenbart, daß es gelänge, eine Verständigung zwischen Regierung und Industrie herbeizuführen und eine Verständigung der Industrie mit dem kapitalistischen Ausland.

Die Zahlen, die im Reichstag genannt wurden, die von einem Reichsdefizit von 160 Milliarden berichten, und die Zahlen, die dem Reichstagsausschuß für Steuerfragen vorlagen, lassen zu deutlich die Trostlosigkeit unserer Lage erkennen. Das gab der Reichsminister Dr. Hermeß, das gaben die Redner aller Parteien zu. Man war sich darüber einig, daß die Steuern allein nicht hinreichen, daß der Ausverkauf Deutschlands nicht genüge, daß die Beschlagnahme der Sachwerte durch die Regierung nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein würde: alles versage angesichts unserer Lage, angesichts der Verpflichtung, die wir durch Ultimatum und Versailler Vertrag übernommen haben und die wir nicht einhalten können.

Optimisten verstimmen. Was soll geschehen? Ist die Frage, die nach derartiger Erkenntnis auftritt. Die Suche nach den Auswegen ist allgemein. Und zunächst strebt man danach, was selbstverständlich ist, die erste Gefahr abzuwenden. Sparsamkeit auf allen Gebieten ist der Wille aller Parteien. Eine Reinigung der Staatsbetriebe von den Überflüssigen ist Forderung nicht nur der Industrie, sondern auch der Sozialisten. Eine Sanierung unserer Finanzen ist der Wille aller ernsten und aufrichtigen Deutschen. Hier muß der Hebel angelegt werden, denn nur, wenn wir eine gute Bilanz aufzuweisen vermögen, wenn keine Mißwirtschaft mehr sichtbar ist und hemmend wirkt, haben wir Aussicht nicht nur durch deutsche Kapitalkräfte, sondern auch durch ausländisches Kapital Hilfe zu erwarten. Das ist das Streben unserer Tage: aus der Trostlosigkeit unserer Lage hinauszukommen zu einem freien und aufwärtsführenden Wege.

Deutscher Reichstag.

Nachdem zu Beginn der letzten Sitzung des Reichstages 26 kleine Anfragen ihre Erledigung gefunden hatten, schritt man zur ersten Beratung des Gesetzentwurfs über den Weltpostverein. Ohne weitere Debatte wurde die Vorlage nach einem kurzen Referat in allen drei Lesungen erledigt. Es folgte die zweite und dritte Beratung des Gesetzes über Aotismasmanamen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung.

Einleitend erklärte Reichsarbeitsminister Braun, daß im Hinblick auf die Geldentwertung eine Verbesserung der Rentenempfänger eintreten müsse. Die Vorlage stelle eine Art Aotismasmanamen dar. Das Reich sei bereit, obwohl nach der heutigen Rechtslage die Fürsorge an sich Sache der Gemeinden und Länder sei, den größten Teil der Lasten zu tragen. Eine Beteiligung der Gemeinden sei unerlässlich. Der Minister stellte ferner fest, daß für die Unfallrentner eine Neuordnung der Rentenzulage in einem besonderen Gesetz vorgesehen sei, das in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen werde.

Als erster Redner sprach der Deutschnationaler Koch-Däseldorf, der die Hinzunahme der Gemeinden bedauerte. Die Deutschnationalen beantragen, die Gemeinden nur mit 10 und nicht, wie die Vorlage vorsieht, mit 20 Prozent heranzuziehen.

Dem Abg. Karsten (U.) ging die Regierungsvorlage nicht weit genug, und seine Partei hat daher

eine Anzahl Anträge eingebracht, die eine Erhöhung der vorgesehenen Renten wollen und die auch den Kreis der Empfänger weiter ausdehnen.

Dem trat der Abg. Andre (S.) entgegen. Er meinte, daß die Kritik an dem Gesetz weit über das Ziel hinausgeschossen sei. Es sei durchaus richtig, daß man wohl mehr gewähren könne, aber wir seien zu arm, um über den Rahmen des Gesetzes hinauszugehen. Vor allen Dingen müsse daran festgehalten werden, daß nur die wirklich Bedürftigen den Zuschuß erhalten.

Ähnlich äußerte sich der demokratische Abg. Erkelenz, der noch hinzufügte, daß der vorliegende Gesetzentwurf jährlich 2 Milliarden Mark Kosten verursachen würde. Bei Umgestaltung des Gesetzes, wie die Unabhängigen wünschen, würden sich die Kosten auf 10 Milliarden jährlich erhöhen. Im Gegensatz zu dem Redner des Zentrums erklärten sich die Demokraten mit der Finanzierung des Gesetzentwurfs nicht einverstanden. Wenn das Reich diese neuen schweren Lasten tragen sollte, so führe dies zu einer Ueberschuldung mit neuem Papiergeld. Er verlangte, daß die neue Erhöhung aus der Versicherung selbst durch neue Beiträge gedeckt werden müßten.

Der Kommunist Barz begründet seinerseits die von seiner Partei eingebrachten Anträge.

Der Abg. Meier (S.) bedauerte, daß man bei der Vorlage nicht ganze Arbeit gemacht habe und will die Bedürftigkeitsfrage nicht gestellt wissen. Alle anderen Anträge lehnen die Sozialdemokraten ab.

Der deutsch-vollsparteiliche Abg. Thiel stimmt im großen und ganzen dem Gesetzentwurf zu und macht der äußersten Linken Vorwürfe, daß ihre Verheißung des Volkes nicht mehr zu überbieten sei.

Auch der Vertreter der bayer. Volkspartei, Abg. Schwarz, stimmt der Vorlage zu.

Darauf begründen die Kommunisten noch eine Anzahl ihrer weitgehenden Anträge, die zu einer lebhaften Diskussion, an der sich Redner aller Parteien beteiligten, führten. Aus der Debatte ging hervor, daß bereits die Kommission sich mit diesen Anträgen befaßt hatte, sie aber als zu undurchführbar ablehnte. Auch die Abstimmung gestaltete sich teilweise geradezu dramatisch, da der Abg. Thiel (D.) gegen den Widerspruch sämtlicher Parteien außer den Deutschnationalen noch in 2. Lesung Änderungen an den Gesetzentwurf vorgenommen wissen wollten. Schließlich wurde der gesamte Gesetzentwurf auch in der 3. Lesung angenommen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung kam es noch einmal zu scharfen Zusammenstößen zwischen der Rechten und den Regierungsparteien.

Der Präsident bestimmte dann selbständig die Reihenfolge der Tagesordnung.

Die letzte Sitzung des Reichstages verlief außerordentlich bewegt und unruhig. Bald hatte man die ersten Punkte der Tagesordnung, einige Ausschüsseberichte, erledigt, als eine Geschäftsordnungsdebatte einbrach, die auf den weiteren Verlauf der Sitzung ganz besondere Schlüsse zuließ. Der Kommunist Barz beantragte folgenden Antrag der Kommunisten: Die Reichsregierung wird aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, um die im Gefängnis Lichtenburg befindlichen Gefangenen sofort aus der Haft zu entlassen. Diesen Antrag wollten die Kommunisten verbunden wissen mit der Beratung des Gesetzentwurfs zur Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafen und Einschränkung kurzfristiger Freiheitsstrafen. Die in der Debatte einsetzende Unruhe im Hause und auf den Tribünen wuchs, je weiter sich die Geschäftsordnungsdebatte entwickelte, und sie erreichte ihren Höhepunkt, als sich der mehrheitssozialistische Abg. Müller-Franken auf den Boden der Geschäftsordnung stellte und die Unmöglichkeit, die kommunistischen und unabhängigen Anträge in dieser Form in die Debatte ziehen zu können, erklärte.

Schließlich wurde die Debatte aber doch fortgesetzt. Dr. Rosenfeld trat für die Freilassung der sich im Lichtenburg Befindlichen ein.

Hatte Dr. Rosenfeld schon recht herzliche Töne angeschlagen, so wurde diese Rede durch die des Kommunisten Könen, dem die Parteigenossen durch entsprechende Zurufe noch eine stärkere Resonanz zu geben versuchten, noch übertroffen.

Dann sprach der neue Justizminister Professor Dr. Aabrich, dessen Rede kurz und sachlich aufgebaut war. In die Frage der verlangten Freilassung der Gefangenen einzutreten, lehnte er ab, da, wie er mit Recht betonte, der ganze Hungerstreik der Gefangenen weiter nichts als eine Demonstration sei und als solche von den Parteien ins Werk gesetzt worden sei. Der Minister teilte dann mit, was ihm auf Grund zuverlässiger Informationen über die Zustände in Lichtenburg bekannt geworden ist. Es bestehe augenblicklich keine Lebensgefahr für irgend einen Gefangenen. Die Gefangenen befänden sich in ständiger ärztlicher Untersuchung. Der Kommissar, der vom preussischen Justizministerium hingeschickt worden sei, habe den Auftrag, die Ueberführung aller Kranken in das Lazarett und in das Krankenhaus anzuordnen.

Zu stürmischen Zwischenrufen und Rufe von Seiten der äußersten Linken kam es, als der Minister mit fester Stimme erklärte, daß er sich durch einen Hungerstreik nicht zu Strafaussetzungen zwingen lassen werde. Der Minister teilte dann mit, daß vom ersten April nächsten Jahres ab in kürzeren Zeitabständen immer wieder von neuem die Urteile geprüft werden und die Möglichkeit von Begnadigungen dadurch vermehrt würde. Bisher seien von 460 Fällen 257 Begnadigungen erfolgt. Der Redner schloß mit einer Mahnung an die äußerste Linke zur Selbstbeherrschung. Solange die äußerste Linke nicht auf das Mittel der Gewalt verzichte, könne sie von der Regierung auch keinen Verzicht auf Bestrafung verlangen.

Der Abg. Rosenfeld (U.) ergriff sofort nach dem Minister wiederum das Wort und wandte sich in scharfen Worten gegen seine Ausführungen. Er betonte, daß die Antragsteller keine Gnade und keine Begnadigung wollten, sondern Amnestie.

Reichsjustizminister Aabrich schloß sich dann mit dem Vorredner über den Begriff und die politische Zulässigkeit der Amnestie für Bayern auseinander, wobei es wiederum zu stürmischen Kundgebungen auf der äußersten Linken kam. Danach nahm er zu dem

kommunistischen Anträgen Stellung. Er wies darauf hin, daß die Sowjetregierung, die sich die Kommunisten immer zum Vorbild nehmen, eine politische Amnestie für die Gegner nicht erläßt, solange sie nicht ihre Anschläge gegen den Bestand der Sowjetrepublik aufgeben. Der Minister erklärte, man dürfe den Feinden der Republik nicht erweichen.

Die letzten Ausführungen des Justizministers riefen auf der äußersten Linken minutenlangen Lärm hervor.

Zum Schluß betrat der Kommunist Dr. Seyd persönlich noch die Rednertribüne, um alles noch einmal zu wiederholen, was seine Parteigenossen bereits gesagt hatten.

Auch die folgenden Punkte der Tagesordnung, nämlich die Interpellation Barz u. Gen. betr. das Verbot des Landens russischer Schiffe, die vom Kommunisten Pleitner begründet wurde, rief wieder Rufe hervor.

Politische Rundschau.

Die Konferenz in Washington.

Spaltung.

Der Sonderberichterstatter des „Exchange Telegraph“ in Washington meldet, es scheint die erste Spaltung auf der Washingtoner Konferenz zu drohen. Trotz der Warnung der Vereinigten Staaten, daß sie auf der Durchführung der Hughes'schen Vorschläge bestehen würden, stellte sich Japan auf den Standpunkt, daß seine Großkampfschiffstonnage 70 Prozent (statt der von Amerika vorgeschlagenen 60 Prozent) betragen solle. Die amerikanischen Delegierten unterstützten das Programm von Hughes und widersetzten sich energisch dem ihrer Ansicht nach unnötigen Feilschen. Von maßgebender japanischer Stelle wird dagegen mitgeteilt, daß Japan in dieser Frage einen Standpunkt einnimmt, der dem der Vereinigten Staaten scharf entgegen-gesetzt ist.

Ultimatum.

Wir erfahren, die Mitteilung, daß Amerika unbefähigt zu dem Verhältnis 5:3 stehe, sei in einer Art umschmeide. Der Eindruck vertiefte sich, daß die Lage sich rasch auf einen Punkt hin kristallisierte, wo England und Amerika eine vereinigte Front zugunsten des Hughes'schen Programms gegenüber dem Beharren Japans auf Abänderung bilden würden. Von amtlicher britischer Seite wird erklärt, die britischen Delegierten in Washington seien einmütig der Ansicht, daß der Erfolg der Konferenz gesichert sei. — Auch der Washingtoner Berichterstatter des „Weekly Dispatch“ ist der Ansicht, daß trotz des streitbaren Tones der amerikanischen Presse gegen die japanische Forderung auf Abänderung des amerikanischen Vorschlages noch nichts eingetreten sei, was etwas anderes als den größten Optimismus rechtfertige.

Frankreichs Haltung.

Das Northcliffe-Blatt „Weekly Dispatch“ meldet aus Washington, eines der größten Ereignisse der Konferenz stehe jetzt bevor, nämlich die Abreise Briands nach Frankreich. Der französische Premierminister sei ganz zweifellos sehr enttäuscht; er sei nach Washington gekommen in der Hoffnung, daß die Konferenz etwas für Frankreich tun werde. Er habe jedoch ein Amerika vorgefunden, das Europa den Rücken lehre und sein Gesicht nach dem stillen Ozean gewendet habe. Briand werde daher in der Vollziehung der Konferenz erklären, daß Frankreich nicht in der Lage sei, sein Heer weiter zu vermindern, da Amerika und England nicht veranlaßt werden könnten, Frankreich, das als der Gen darm Europa angesehen werden müsse, gegen weitere Angriffe sicherzustellen u. den Kontinent vor weiteren Kriegen zu schützen.

Italien.

Havas berichtet aus Washington, Briand habe mit dem italienischen Delegierten Schanzer verhandelt. Dieser werde nach der Rede Briands eine Erklärung namens der italienischen Delegation abgeben. Italien habe sich der Herabsetzung der Rüstungen zu Lande in Europa glänzend erklärt in dem Gedanken, durch dieses Mittel Sicherheiten gegenüber Jugoslawien zu erlangen. Es sei wahrscheinlich, daß es keine bestimmte Resolution in diesem Sinne vorlegen und sich mit einem allgemeinen Erfolge begnügen werde.

Belgien.

Dem „New York Herald“ wird aus New York gemeldet, Belgien habe um die Genehmigung nachgesucht, das Verlangen Frankreichs, ein bedeutendes Heer zu halten, unterstützen zu dürfen. Man erwarte, daß der belgische Vorkämpfer in Washington, Cartier de Marciennes, nach Briand das Wort ergreife. Das Verlangen Belgiens, über diesen Gegenstand zu sprechen, werde keine Opposition erfahren, obwohl Belgien nicht eingeladen worden sei, um an den Diskussionen über die Bewaffnungen teilzunehmen.

Der Ferner Osten.

Reuter meldet aus Washington, die meisten Delegierten auf der Washingtoner Konferenz seien der Ansicht, daß alle in Washington vertretenen Mächte bald eine endgültige Uebereinstimmung bezüglich der Grundzüge für die Einschränkung der Rüstungen und die Regelung der Probleme des Fernen Ostens erzielen. Der Führer der japanischen Delegation, Togawa, erklärte, seiner Ansicht nach bestehe kein Zweifel darüber, daß die Washingtoner Konferenz nicht so lange dauern werde, wie ursprünglich angenommen worden sei.

Die Abrüstung zu Lande.

Der „Observer“ schreibt in einem Leitartikel: Die Rüstungen zu Lande können von den Rüstungen zur See nicht getrennt werden. Wenn die Landkreistkräfte nicht ebenfalls vermindert werden, bedeutet sie unvermeidlich nicht eine Verminderung sondern eine Fortsetzung der Kriege. Diese Erwägung ist für Amerika in Asien ebenso vital wie für England in Europa. Rußland hat bereits eine ansehnliche Flotte, und Deutschland besitzt ein großes geschultes We-

sonal. Beide Länder werden vielleicht vor Ablauf von zehn Jahren wieder so in die Welt verflochten sein. Die Washington-Konferenz wird daher nicht genug für den Frieden tun, wenn sie nicht auch das deutsche und das russische Problem ins Auge faßt.

Die „Sunday Times“ schreibt, durch die Abrüstung der drei großen Mächte werde zweifellos der Einfluß der Mächte zur See als solcher im Gegensatz zu den Landmächten in der Weltpolitik vermindert werden. Die Hauptlandmacht sei jetzt Frankreich, das die Schlüssel der Ersparnis in den Händen habe, die viel leicht noch wichtiger sei, als die Ersparnis, die sich aus der Annahme eines Rüstungsvorschlages zur See ergäbe. Nachdem England, Amerika und vielleicht auch Japan bereit seien, in großem Maße zur See abzurufen, sei jetzt Frankreich in der Lage, daselbst zu Lande zu tun. — Das Blatt drückt die Hoffnung aus, daß die Vereinigten Staaten jetzt das Problem der Weltfinanz in Angriff nehmen. Wenn Amerika die Last nicht übernehme, die nur dieses Land tragen könne, könne nur durch ein Wunder die finanzielle Katastrophe verhindert werden, die immer näher rücke. Wenn Deutschland am 15. Januar seine Verpflichtungen nicht erfüllen könne, werde Frankreich vielleicht in das Ruhrgebiet einmarschieren. Wer könne dann sagen, ob der Abbruch des Krieges, dessen Tatsache heute fast gesichert sei, nicht in Rauch und Krieg aufgegeben werde.

„Flörsheimer Zeitung“ Telefon 59

Votales und von Nah und Fern.

Flörsheim, den 22. November 1921.

* **Jubiläum.** Herr Georg Mohr von hier, feiert am heutigen Tag in den Adlerwerken, vorm. Heintz, Kleper, in Frankfurt sein 25jähriges Dienstjubiläum. Herr Mohr hat es aus eigener Tüchtigkeit heraus bis zum Meister bei dem gen. Werke gebracht. Wir gratulieren!

! **Hausverkauf.** Die Witwe Heinrich Klepper dahier hat ihr in der Grabenstraße gelegenes Anwesen, Wohnhaus und Garten, an Herrn Fassfabrikant Alois Karolus zu ungenanntem Preise verkauft.

Man schreibt uns zur **Beigeordnetenwahl**: Am vergangenen Sonntag fand die Ergänzungswahl der Beigeordneten in unsere Gemeinde statt. Die Vertreter des Zentrums und der Beamtenvereinigung, stellten den früheren Fabrikanten Herrn Max Reimer als Kandidat auf während die Vertreter der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft den bisherigen Beigeordneten Herrn Theis in Vorschlag brachten. Im ganzen wurden 17 Stimmen abgegeben, es entfielen auf Reimer 9 Stimmen auf Theis 7 Stimmen, 1 Stimmzettel war unbeschrieben. Herr Reimer wurde mit 2 Stimmen Mehrheit als Beigeordneter gewählt. Die Vertreter der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft erhoben sofort Protest gegen diese Wahl, da die Stimmzettel die ihnen durch das Wahlbüro ausgehändigt wurden, durch Farbenunterschied, den anderen gegenüber gekennzeichnet waren und zwar war die Abweichung so deutlich, daß der Name, von den Wählern schon festgestellt werden konnte, bevor der betreffende Stimmzettel von dem Wahlvorsteher geöffnet war. Der Einspruch ist bereits an zuständiger Stelle erhoben worden. Dieser Einspruch wird zwar nichts an dem Wahlergebnis ändern, aber immerhin kann man verlangen, daß die Bestimmungen und Vorschriften der Wahlordnung nach jeder Seite hin gerecht gehandhabt werden.

* **Verein der Hundefreunde.** Gestern hatte der Verein, welcher während den Kriegsjahren geruht hat, seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Anschließend an eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung fand im Garten der Karthaus die Vorführung verschiedener Hunde die sich in der Ausbildung als Schutz- bzw. Polizeihunde befinden, statt. Unter anderen wurde auch durch den Polizeiwachmeister Herrn Richter der neu eingekaufte Hund der Gemeinde vorgeführt, welcher in allen Teilen über Erwartung vorzügliches leistete; er scheint seinen Vorgänger den bekannten „Held von Berghofen“ noch zu übertreffen. Im Frühjahr soll eine öffentliche Hundevorführung stattfinden, woran sich auch auswärtige Sportsfreunde beteiligen können.

Wiesbaden. — Die Aufhebung der Bewirtschaftung hat unter anderem auch die sehr beachtenswerte Wirkung gehabt, daß zahlreiche Mütter einer schweren Sorge hinsichtlich der Ernährung ihrer Kinder entbunden wurden. Diese Aufhebung hatte nämlich zur Folge, daß ein seit Jahrzehnten vorzüglich bewährtes Kinderernährungsmittel, das Knorr Hasermehl, in der allbekannten Güte wieder hergestellt, und daß hierzu wieder ausgiebig gesucht werden kann. Und das kann heute, wo noch so viele Kinder unter den Folgen der Unterernährung leiden, und wo alle sonstigen Nahrungsmittel so ungemein teuer sind, nicht hoch genug bewertet werden. Denn das Knorr Hasermehl, das seinen 50jährigen Weltruf vor allem seinem ausgezeichneten Fabrikationsverfahren verdankt, hat sich, da es äußerst nahrhaft, leicht verdaulich und wohlschmeckend ist, als Kinderernährung vorzüglich bewährt, und vor dem Kriege wurden etwa 400000 Kinder hiermit ernährt. Es ist aber wegen seines hohen Gehaltes an blutbildenden Nährsalzen und Eiweiß auch ein natürliches Kräftigungsmittel für Bleichsüchtige und Blutarme, die dabei rotwangig und blühend werden. Über Knorr Hasermehl wurden auch von medizinischen Autoritäten so von Professor Otfried Müller in Tübingen, die allergünstigsten Gutachten abgegeben, und wer letztere bemerkt unter anderem gerade, weil jede Mutter und Hausfrau diese ebenso gebiengen wie wohlfeilen Präparate kaufen kann, verdienen sie immer wieder die Be-

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme, welche uns bei der Krankheit und dem Begräbnis meiner lieben Frau und guten Mutter

Margaretha Stückert geb. Wagner

entgegengebracht wurden, sowie für die Kranzspenden und die Beteiligung bei der Beerdigung sagen wir allen herzlichsten Dank. Besonderen Dank den barmherzigen Schwestern für die liebevolle Pflege und den Kameradinnen und Kameraden des Jahrgangs 1876.

In tiefer Trauer

Georg Stückert u. Kind.

Flörsheim, den 21. November 1921.

achtung derjenigen, die möglichst hochwertige Nahrung für möglichst billiges Geld verlangen.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 23. ds. Mts. Vormittags 11 Uhr wird im Bußenstall hier ein junger Ziegenbock öffentlich meistbietend versteigert.

Flörsheim a. M., den 21. November 1921.

Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Die Versorgungsberechtigten, welche seither Inhaber von Krankenbrotkarten waren, haben diese da dieselben ab 13. ds. Mts. ihre Gültigkeit verloren, am Mittwoch, den 23. ds. Mts. in der Zeit von 10—12 Uhr im Rathaus Zimmer Nr. 10 gegen Einheitsbrotkarten einzutauschen. Nicht rechtzeitig abgeholte Karten verfallen und werden nicht nachgeliefert. Die Abschnitte und Stammlisten der Krankenbrotkarten sind mitzubringen.

Flörsheim, den 22. November 1921.

Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

In den nächsten Tagen, voraussichtlich am 30. ds. Mts. findet durch einen Beamten der Landesversicherungsanstalt Hessen-Rassau eine Revision der Quittungskarten statt. Die Arbeitgeber werden ersucht bis dahin für ordnungsmäßige Verwendung der Invalidenmarken besorgt sein zu wollen und die Quittungskarten nebst den Lohnlisten, Krankentassen, Dienst- und Arbeitsbüchern so bereit zu legen, daß dieselben auch bei Abwesenheit des Arbeitgebers dem Kontrollbeamten vorgelegt werden können.

Nicht- oder nicht-ordnungsmäßige Verwendung der Invalidenmarken zieht Bestrafung nach sich.

Flörsheim a. M., den 21. November 1921.

Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung

Die Mütterberatungsstunde fällt Mittwoch, den 23. November 1921 aus.

Flörsheim, den 21. November 1921.

Geschäfts- Ausschuß des Wohlfahrtsvereins:

Fritz Noerdlinger. Lorenz Hartmann

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch, 7 Uhr Jahramt für Joh. Meier und gef. Sohn Jakob, 7½ Uhr 3. Seelenamt für Anna M. Diehl geb. Christ. Donnerstag, 6 Uhr St. Marienmesse für Jakob Menzer und Verh. der Stiftung (Schwesternhaus). 7½ Uhr gef. Segensmesse für Joh. Hart und Verh. der Stiftung.

Sportverein 1909. Die Zeichnungsliste der „Deutschen Kampfsport-Lotterie“ hängt im Gasthaus zur Eintracht aus und kann dortselbst von den Lotteriespielern eingesehen werden. Ruderverein 1908. Mittwoch Abend punkt 8½ Uhr in der Karthaus Zusammenkunft sämtlicher Theaterspieler, welche ihre Rollen schon erhalten haben.

Kath. Gesellenverein. Heute Abend um 8 Uhr ist Vorstandssitzung im Gesellenhaus. Morgen Mittwoch Abend um 8 Uhr ist Turnstunde. Pünktliches Erscheinen eines jeden Turners ist erforderlich.

Ein Tisch und vier Stühle zu verkaufen.

Untermainstraße 40.

Gemeinnützige Baugenossenschaft

E. G. m. b. H., Flörsheim am Main.

Nach Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 13. November 1921 ist die „Gemeinnützige Baugenossenschaft e. G. m. b. H. Flörsheim“ aufgelöst. Gläubiger haben allenfallsige Forderungen sofort zu melden. Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand.

Bilanz per 13. 11. 1921.

Soll	Haben
Kassenbestand	Mt. 3.—
Bankguthaben	Mt. 15104.18
Umfassen	Mt. 201.50
	Mt. 15308.66
Eingezahlte Geschäftsanteile	Mt. 13 118.—
Reservefonds	Mt. 315.—
Gründungs fonds	Mt. 1500.—
Gewinn- und Verlustkonto	Mt. 435.66
	Mt. 15368.66

Flörsheim a. M., den 13. November 1921.

Für den Aufsichtsrat:

Max Reimer.

Für den Vorstand:

Jak. Kaltenhäuser, Ignaz Tropf.

Halte meine

SPRECH-STUNDEN

von jetzt ab

::: durchgehend von 9 bis 5 Uhr :::
Sonntags mittags von 9 bis 12 Uhr.

Georg STRAUCH - Dentist

Kastel

Roonstrasse 3.

Im Schneiden von Obstbäumen und Ziersträuchern

sowie zur

Anlage von Gärten und Baumstüden

empfiehlt sich

Alois Will :: Gärtner.

Eine Raute

Ruhmst

billig zu verkaufen.

Näheres im Verlag.

Die Landfrauen in der Berufsstatistik.

Der Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine hat auf seiner Tagung in Leipzig folgende Entschliessung einstimmig gefasst:

„Die im Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine organisierten landwirtschaftlichen Hausfrauen betrachten es als selbstverständlich, daß in der kommenden Berufsstatistik die Hausfrauenstätigkeit als Berufsarbeit gewertet wird. Mit Rücksicht auf die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Hausfrau als Produzentin ist bei der Föhlung der Hausfrauen ein Unterschied zwischen städtischen und landwirtschaftlichen Hausfrauen zu machen und dies in den amtlichen Fragebogen zum Ausdruck zu bringen.“

Ohne Zweifel ist es unumgänglich notwendig, daß die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Hausfrau als Hauptberuf anerkannt wird. Sie ist nicht im Hauptberuf Landfrau und im Nebenberuf Hausfrau, sondern landwirtschaftliche Hausfrau, da die Tätigkeit der Hausfrau auf dem Lande nur als unmittelbares Ganzes zu erfassen ist. Die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Hausfrau muß daher bei der Berufszählung im amtlichen Formular als Hauptberuf gewertet werden, während in die Spalte „Angehörige“ nur die Berufslosen einzureihen sind. Auch bei der Einrichtung der Haushaltensliste ist es erforderlich, daß die landwirtschaftliche Hausfrau in die Erscheinung tritt, während als „Angehörige“ wieder nur die Berufslosen zu zählen sind, da die Hausfrau mit dem Erwerbsberuf des Mannes aufs engste verknüpft ist. Der Reichsverband, dem der Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine als körperschaftliches Mitglied angehört, macht diese Forderung der Landfrauen in vollem Umfange zu seiner eigenen und hat sie bei der Reichsregierung nachdrücklich vertreten.

Zur Postbestellung auf dem Lande.

Veranlaßt durch bringende Beschwerden des Störmarschen Landbundes, war der Reichs-Landbund bei dem Reichspostminister wegen der Postbestellung auf dem Lande, und zwar besonders wegen der Sonntagsbestellung vorstellig geworden. In weiten Kreisen des Landvolkes hatte der Eindruck entstehen müssen, daß man die Sonntagsbestellung lediglich auf dem Lande einschränke, sie aber in den Städten unverändert fortbestehen lasse. Dem gegenüber war auf die Tatsache zu verweisen, daß auf dem Lande am Sonntag genau soviel Post zu bestellen ist wie am Sonnabend. Auf die Eingabe hat sich inzwischen der Reichspostminister u. a. wie folgt geäußert:

„Die sich immer schwieriger gestaltende Wirtschaftslage des Reiches zwingt zur Vermeidung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben. Unter diesem Gesichtspunkte und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Postverkehr im Laufe der Zeit zurückgegangen ist, findet eine Einschränkung der Postleistungen da statt, wo das Verkehrsbedürfnis nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den Aufwendungen steht. Von diesen Einschränkungen ist auch die Postbestellung an den Sonntagen betroffen worden, die in der Vorkriegszeit einen beträchtlichen Umfang angenommen hatte, weil die Kostenfrage damals nicht so sehr in den Vordergrund gestellt zu werden brauchte. Die Regelung dieses Dienstes wird indessen ausschließlich von Verkehrsbedürfnissen bestimmt, d. h. wo der Verkehr es erfordert, wird auch heute noch die Sonntagsbestellung nach Landorten ausgeführt. Infolge des Krieges und des wirtschaftlichen Niederganges ist bei einer Reihe von Postagenturen der Verkehr so zurückgegangen, daß die Kosten für die Unterhaltung der Postagenturen ihr Weiterbestehen nicht mehr rechtfertigen. Es hat sich daher nicht umgehen lassen, eine Anzahl dieser Verkehrsanstalten aufzuheben. Im die daraus für die in Betracht kommenden Gemeinden sich ergebenden Nachteile in der postalischen Versorgung möglichst zu mildern, werden, wenn irgend angängig, Postzweckstellen mit Telegraphenbetrieb anstelle der zur Aufhebung kommenden Postagenturen eingerichtet; die durch den unglücklichen Ausgang des Krieges der Postverwaltung aufgezwungenen Sparmaßnahmen treffen das flache Land und die Städte in gleicher Weise.“

Auf dem Lande wird man überall leicht zu einem zuverlässigen Urteil darüber kommen, ob die Größe des Verkehrs die Sonntagsbestellung auch heute noch erfordert. Wo man dies glaubt annehmen zu müssen, wird sich eine Eingabe an die zuständige Oberpostdirektion empfehlen. Im Falle der Ablehnung wäre dann noch die Beschwerde beim Reichspostminister gegeben.

Bermischtes.

Rechtungsbeurteilung. Als um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die deutschen Zeitungen inhaltlich fast ganz fast und kraftlos wurden, auch politisch „keine Farbe bekennen“ mochten, weil man sie von oben herab mebelte, da gaben einflussreiche Männer jener Tage, wie Börne, Freytag, Gutzkow, Laube u. a. über die behördliche Anlegung des „Wiebeln“ Presse-Maulkorb ihrer berechtigten Empörung öffentlich Ausdruck, ja der freiwillige Hoffmann von Fallersleben rief spöttisch aus:

Wie sind doch die Zeitungen interessant
Für unser liebes Vaterland!
Was ist uns nicht alles berichtet worden!
Ein Portepfeffertisch ist Lieutenant geworden;
Ein Oberhofprediger erhielt einen Orden;
Die Latänen erhielten silberne Norden;
Die höchsten Herrschaften gehen nach Norden,
Und zeitig ist es Frühling geworden. — —
Wie interessant, wie interessant!
Gott segne das liebe Vaterland!

—Prägung von 1-Mark-Stücken. Um der Klein-geldnot zu steuern, sollen demnächst 1-Mark-Stücke geprägt werden, vielleicht später auch 2- und 5-Markstücke. Entwürfe für diese Münzen liegen auf Grund eines Wettbewerbes vor. Die Frage der Wahl des geeigneten Münzmaterials ist noch nicht endgültig gelöst.

—Die rotgestempelten Tausender werden von manchen Seiten immer noch den grügestempelten vorgezogen und vielfach sogar mit einem Aufgeld gehandelt. Demgegenüber weist die Reichsbank darauf hin, daß beide Notensorten den gleichen Wert haben und eine Bevorzugung der einen oder der anderen Art durch nichts begründet ist. Die grüne Stempelung, die teilweise aus technischen Gründen vorgenommen wurde, ist übrigens jetzt gänzlich eingestellt. Seit geraumer Zeit werden die betreffenden Noten der Reichsbank nur noch, wie früher, mit dem roten Stempel versehen, ohne daß natürlich dadurch die bisher grün gestempelten Noten ihren Wert verlieren oder ungültig werden.

—Fernsprechanstöße. Der Teilnehmer kann bestimmen, welcher seiner Hauptanschlüsse nur dem Fernverkehr dienen soll. Hierfür müssen dann von ihm so viele Anschlüsse bezeichnet werden, daß Störungen bei der Herstellung von Ferngesprächsverbindungen nicht auftreten. Aus einer Reihe von „Folgenummern“ (die also nach ihrer Lage im Rufensfeld eine in sich geschlossene Umrandung zulassen), dürfen einzelne Rufnummern für jene Zwecke nicht ausgewählt werden. Die Anrufzeichen solcher Fernanschlüsse werden am Vielfachschaltwerk besonders kenntlich gemacht. Der Anschluß wird dann beim Anruf, ohne daß abgefragt zu werden braucht, sogleich mit dem Fernamt verbunden. Für Anschlüsse, die lediglich dem Fernverkehr dienen sollen, sind die bestimmungsmäßigen Gebühren für einen gewöhnlichen Hauptanschluß zu entrichten.

Beigelegter Streik. Der in den Berliner Gaswerken ausgebrochene Streik der städtischen Arbeiter und Angestellten wegen der Gewährung einer Teuerungsbefreiung von 1000 Mark ist durch eine Vereinbarung beigelegt worden, nachdem der Magistrat an Stelle der einmaligen Beihilfe einen größeren Beitrag als Vorschuß sofort zur Auszahlung bringt. Der gesamte Betriebsrat hat daraufhin die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. Durch diese Einigung ist auch die Gefahr eines Uebergreifens auf die übrigen Werke der Stadt vermieden worden.

Bürgerliche Mehrheit. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dresden wurde die bisherige sozialistische Mehrheit gebrochen. Die Bürgerlichen erhielten, einschließlich der Sonderliste der Beamten und Angestellten, 134 000, die Sozialisten 124 000 Stimmen.

Stapellanz. In Gegenwart von Vertretern der Stadt Rönne fand in Bremen der Stapellanz des Dampfers „Rönne“, der von dem Norddeutschen Lloyd erbaut wurde, statt.



Henko
Schnell's Wafel
Bier-Soße
Sonderlich für Kinder und Kranke
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Ich kaufe
Kumpen, Papier,
Gläser, Altfisen und
alle Martke
sowie Hasenfelle
zu höchsten Tagespreisen. Auf
Wunsch wirds stets abgeholt.
Gg. Mohr 2.,
Untermainstraße 39.

Alle Hausfrauen
kaufen Triumph-Möbel-Werk
„Wunderschön“
Sicher staubfreie, prachtvolle Möbel
Drogerie H. Schmitt, Flörsheim

Lacke und Oelfarben

in bewährter Friedensqualität, sachmännlich hergestellt, Leinöl und
Fuchsbendel, Kreide in Qualität, Bolus, Glasp, sämtliche Erbs- und
Mineralfarben, Chemische Buntfarben

Farbenhaus Schmitt, Flörsheim am Main.
Telefon 88

Sämtliche

Lack- u. Farbwaren

in bester Qualität

Burkhard Flesch, Flörsheim

Schöne Weihnachtsgeschenke

Sprechmaschinen
mit und ohne Platten — Nadeln,
Schallplatten, Schallkassen, Mandolinen, Violinen
Zithern — Mandolinen-Saiten und
-Spielplättchen bei

Heinrich Dreisbach, Flörsheim

Karthäuserstrasse 6.

Telefon Nr. 59

Karthäuserstrasse 6.

Schönheit

verleiht ein zartes, jugendliches
Antlitz und ein reiner, zarter Teint.
Alles dies erzeugt die echte

Stechenpferd-Seife

die beste Linsenmilchseife.
Fernei macht „Dada-Cream“
rote und spröde Haut weiss und
sammetweich. Zu haben in d. Apo-
theken, Drogerien u. Parfümerien.

Die schönsten Handarbeiten



nach den vorz. Anleitungen
und herrlichen Mustern von
Vogel Handarbeitsbüchern

Kunststücken • Schiffschiff-
arbeiten (3 Bände) • Strickarbeiten
für Kinder-Kleidung • Kell-
schürzen • Hobelstühle und Leinen-
durchbruch • Tisch-Abdecken
(3 Bände) • Sonnen-Spiele
• Nadel-Spiele • Weichheits-
arbeiten (3 Bände) • Ausmal-
arbeiten (2 Bde.) • Kunststücken
(2 Bde.) • Kreuzstich (2 Bde.) •
Handarbeits-Kalender usw.
Ausführl. Verzeichnisse umsonst.
Jeder Band 12.- u. 1.20 M. f.
für Mark 12.- Zusendung
überall zu haben oder vom
Verlag Otto Neyer, Leipzig 7.
Postfach-Konto Leipzig 52279.

Wollen Sie alles wissen?

dann abonnieren Sie das

Illustrierte Konversations-Lexikon

4 Bände, in 104 Lieferungen zu je Mk. 3.—
Über 60 000 Artikel und Hinweise, über 12 000 Textabbil-
dungen und 7 000 ganzseitige Bildertafeln. Die besten Namen
Deutschlands als Mitarbeiter! Jeder Artikel interessant und
von praktischem Wert. Eine unerschöpfliche Fundgrube
und ein wahrer Schatz für jeden gebildeten Menschen!
Probehefte portofrei gegen Einsendung von Mk. 3.— auf
Postcheckkonto 653 20 Berlin.

H. G. J. Göltsch Verlag, Berlin SW. 68, Alte Jakobstr. 24
Vertr., auch nebenberuflich, bei hohem Verdienst überall gesucht.

Inserieren bringt Gewinn

Verloren!

In Weilbach Frankfurter-
oder Weilbacherstraße ein
Paar Schuhe.

Gegen Belohnung abzugeben
auf der Bürgermeisterei
Weilbach.

Antiseptischer

Wundpuder

ein ausgezeichnetes Heilmittel für
Wunden der Kinder.

Streuweise 3.— M.

Apothek zu Flörsheim.

Hilfsarbeiter

werden gesucht.

Schmirgelwerk Weilbacherweg.